

<b>Protokoll:</b>	<b>Jugendhilfeausschuss des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	53
		<b>TOP:</b>	1
	<b>Verhandlung</b>	<b>Drucksache:</b>	405/2022
		<b>GZ:</b>	JB
<b>Sitzungstermin:</b>	11.07.2022		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BMin Fezer		
<b>Berichterstattung:</b>	Frau Dr. Heynen (JugA), Frau Angerer (eva Stuttgart), Herr Kuhn (Stiftung Jugendhilfe aktiv)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Kappallo / pö		
<b>Betreff:</b>	<b>Bericht über die HzE-Klausur 2022</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Referats Jugend und Bildung vom 28.06.2022, GRDRs 405/2022. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll ist sie in Papierform angehängt.

Frau Angerer, Herr Kuhn und Frau Dr. Heynen berichten zur HzE-Klausur 2022 im Sinne der Präsentation. StR Lazaridis (90/GRÜNE) bemerkt eingangs, die Hilfen zur Erziehung (HzE) seien das Herzstück der Jugendhilfe. Bezogen auf die Bedarfe bezeichnet der Stadtrat die Corona-Pandemie als Brennglas mit großen Herausforderungen. Die Weiterentwicklung der HzE müsse die Folgen der Pandemie für die jungen Menschen auffangen. Eine Frage des Stadtrats richtet sich nach der Einbeziehung der Schulen als wichtige Partnerinnen der Jugendhilfe. Bei den regelmäßigen Trägerkonferenzen und bei der vorletzten HzE-Konferenz seien das Staatliche Schulamt sowie das Schulverwaltungsamt beteiligt worden, informiert Frau Dr. Heynen. Es sei um die Frage gegangen, wie die Kooperation verbessert und wie die inklusive Jugendhilfe mit dem Schulsystem weiterentwickelt werden könne.

StR Lazaridis regt an, das Thema HzE im nächsten Doppelhaushalt aufzugreifen. Diese Ansicht teilt StR Dr. Nopper (CDU). Bezogen auf die Folie 11 und die Gefährdung der Versorgung im stationären Bereich erkundigt sich der Stadtrat nach der aktuellen Lage und möglichen Lösungen. Eine weitere Frage richtet sich nach dem gestiegenen Bedarf

der Hilfen zur Erziehung und der Personalausstattung. Herr Käpplinger informiert, trotz der gestiegenen Herausforderungen sei eine Fachkraft für 8 junge Menschen auf der stationären Wohngruppe zuständig. Die Leistungs- und Entgeltvereinbarung führe der KVJS, und daraus ergeben sich für das sozialräumliche System der Jugendhilfe in Stuttgart die Vorgaben. Der städtische Träger folge der Logik des KVJS, ergänzt Frau Dr. Heynen.

StRin Meergans (SPD) richtet eine Bitte an die Fachverwaltung, bezogen auf die Inklusion und die Erstellung eines Fahrplans zur schrittweisen Umsetzung der Jugendhilfe aus einer Hand, die bis zum 01.01.2028 geleistet werden müsse, die Erkenntnisse aus dem bundesweiten Modellprojekt "Inklusion jetzt!" im JHA vorzustellen. Frau Dr. Heynen informiert, mit dem Gesundheitsamt, dem Sozialamt, der Beauftragten für Menschen mit Behinderung und dem Jugendamt sei ein Prozess angestoßen worden, wie die Hilfen aus einer Hand im Übergang zur Eingliederungshilfe gestaltet werden können. Um den Übergang zu ermöglichen, werde es eine Beschlussvorlage für sogenannte Verfahrenslotsen geben, damit zum 01.01.2024 die vom Gesetz her verpflichtende Leistung zur Verfügung stehe, verdeutlicht Frau Dr. Heynen.

Herr Käpplinger lobt die HzE-Konferenz, an der er teilgenommen habe. Bei den Careleaver\*innen, jungen Menschen, die in stationären Erziehungshilfen und Pflegefamilien lebten und sich im Übergang in ein eigenständiges Leben befänden oder nicht mehr im Rahmen der Kinder- und Jugendhilfe betreut werden, stelle sich die Ausstellung einer Bürgschaft für die erste Wohnung als großes Problem dar, da leistungsfähige Eltern im Hintergrund nicht vorhanden seien. Frau Angerer regt an, Careleaver\*innen im JHA zu beteiligen.

StRin Höh (FDP) spricht sich für die Coming-Back-Option aus, die Rückkehr in die Kinder- und Jugendhilfe, wenn sich junge Menschen im Übergang in die Selbstständigkeit befänden. Die Hilfe für junge Volljährige werde bis zum 21. Lebensjahr und darüber hinaus gewährt, erläutert Frau Dr. Heynen. Frau Haller-Kindler (OB-KB) lobt die Beteiligungsmöglichkeiten im novellierten SGB VIII sowie die Option, sich an Ombudsstellen zu wenden.

Frau Dr. Heynen geht auf den erhöhten Personalbedarf ein und bemerkt, das Personal sei aktuell am Markt nicht vorhanden. Herr Kuhn ergänzt, die Arbeitsbedingungen seien neben dem Fachkräftemangel schwierig, da es aktuell keine Doppelbetreuungen im Dienst gebe. Den Großteil des Tages arbeiteten die Fachkräfte in den stationären Einrichtungen alleine unter den gestiegenen Anforderungen. Frau Angerer ergänzt, eine Mitarbeiter\*in müsse die Kinder zu ihren Terminen (wie Zahnarzt, Sport etc.) begleiten. Diese Situation sei bei 8 Kindern mit unterschiedlichen Belangen schwierig zu bewältigen. Zum Personalbedarf bemerkt Frau Angerer, über den Ausbau von Ausbildungsplätzen ließen sich Fachkräfte gewinnen. Allerdings müssten die Anleiter\*innen entsprechend ausgestattet sein.

BMin Fezer stellt fest:

Der Jugendhilfeausschuss hat von der GRDRs 405/2022 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

Zur Beurkundung

Kappallo / pö

## Verteiler:

- I. Referat JB  
zur Weiterbehandlung  
Jugendamt (28)  
Schulverwaltungsamt (2)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister
  2. OB-ICG
  3. OB-KB
  4. *Referat SI*  
*Jobcenter*  
*Sozialamt*  
*Gesundheitsamt*  
*SI-BB*
  5. Stadtkämmerei (2)
  6. Amt für Revision
  7. L/OB-K
  8. Hauptaktei
  
- III.
  1. *Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN*
  2. *CDU-Fraktion*
  3. *SPD-Fraktion*
  4. *Fraktionsgemeinschaft Die FrAKTION*  
*LINKE SÖS PIRATEN Tierschutzpartei*
  5. *FDP-Fraktion*
  6. *Fraktionsgemeinschaft PULS*
  7. *Fraktion FW*
  8. *AfD-Fraktion*

*kursiv = kein Papierversand*